

# M E I N U N G

## Eine Wende in der deutschen Arbeitsmarktpolitik?



Mit dem neuen Jahr sind die Perspektiven für mehr Beschäftigung in Deutschland nicht besser geworden. Zwar gibt es berechtigte Hoffnungen auf eine stärkere Belebung der amerikanischen Konjunktur. Doch kommt das Wachstum in der Europäischen Union nur mäßig voran. In Deutschland droht gar eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Stagnation, da die weltwirtschaftlichen Impulse nicht ausreichen, um die Binnennachfrage hinreichend zu stimulieren. Ein weiteres Jahr weit unter der Wachstumsschwelle der Beschäftigung wird so wahrscheinlich die deutsche Arbeitslosigkeit in 2003 auf über 4,2 Millionen Menschen ansteigen lassen.

Die amerikanische Makropolitik hat auf die weltwirtschaftliche Krise seit langem angemessen reagiert: Expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen halfen mit, den konjunkturellen Abschwung abzufangen. Dabei erwies sich von Vorteil, dass die amerikanische Zentralbank sich ihrer Verantwortung für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung seit langem bewusst ist, und die Fiskalpolitik vor dem Hintergrund eines stabilen Haushaltes handeln konnte. Die europäische Geldpolitik hat dagegen ihre Handlungsmöglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft. Viele Regierungen Europas kämpfen ferner mit den Her-

ausforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und sind konjunkturpolitisch handlungsfähig.

Dennoch besteht Hoffnung, dass durch eine angemessene Neuinterpretation der Stabilisierungsziele mittelfristig beides erreicht werden kann – solide Haushalte und eine nachhaltige Beschäftigung. Letztlich sind beide Ziele freilich nur bei einem angemessenen Wirtschaftswachstum dauerhaft realisierbar. Die durch eine staatliche Budgetstabilisierung auslösbaren Wachstumskräfte werden erst mittelfristig wirksam. Sie sind um so schwerer mobilisierbar, je mehr in eine Stagnation oder Krise hineingespart wird. Die Probleme verschärfen sich, wenn die Sparpotenziale nicht bei den Subventionen und beim Personaleinsatz, sondern bei den Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovationen gefunden werden.

Die deutsche Stagnation kann so zur Dauerkrise für das Land, aber auch für Europa werden. Entschlossene Maßnahmen zur Gegensteuerung sind nötig. 2003 wird so zum Schicksalsjahr der deutschen Wirtschaftspolitik. Politische Zwänge verlangen danach, zum jetzigen Zeitpunkt nachhaltige Reformakzente zu setzen. Später wird sich der Blick erneut auf den nächsten Wahltermin verengen und das schmale Zeitfenster für mutige, schmerzhaft Initiativen wird sich wieder schließen. Zunächst werden mittelfristigere Ziele für die Haushaltskonsolidierung und für die Stärkung der Wachstumskräfte gefunden werden müssen. Die Lohnpolitik muss ihre maßvolle Strategie beibehalten; hier gilt es übrigens festzuhalten, dass sich die deutschen Gewerkschaften im europäischen Vergleich insgesamt durchaus konstruktiv verhalten.

Der gerade gefundene Tarifkompromiss für den Öffentlichen Dienst ist freilich problematisch, da er auf leere Kassen des Staates trifft. Insbesondere in Ostdeutschland und bei den Gemeinden wird dies die Handlungsspielräume unweigerlich weiter reduzieren. Die anstehende Reform der Finanzausstattung der Gemeinden hat deshalb hohe Priorität. Problematisch ist auch, dass nun der Öffentliche Dienst im Osten bei der Anpassung der Löhne an das Westniveau vorangeht.

Das Land Berlin hat angesichts des Lohnabschlusses und seiner Haushaltslage den Tarifverbund des Staates verlassen. Das ist zu begrüßen, da dies ein klares Signal zur Sanierungsbereitschaft der maroden Finanzen der Hauptstadt darstellt und den gesamtwirtschaftlichen Interessen Gewicht gibt.

Trotz aller Irritationen über die ersten Beschlüsse der neuen Bundesregierung lassen doch einzelne Maßnahmen und Initiativen aufhorchen: Bemerkenswert rasch gelang es, die Vorschläge der Hartz-Reformkommission umzusetzen – sie traten bereits zum Jahresbeginn in Kraft. Dazu gehören die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen zur Unterstützung der Arbeitsämter, die eine raschere Vermittlung erzwingen sollen, die Aufwertung der Leiharbeit, die Befreiung von Restriktionen für geringfügige Beschäftigung und die individuelle Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung durch eine strengere Prüfung der Anspruchsberechtigung. Daneben sollen die Ladenöffnungszeiten erweitert, die Handwerksordnung gelockert und die Entbürokratisierung vorangetrieben werden. Diese Initiativen verdienen Anerkennung.

Allerdings kann das alles nur der Anfang, nicht bereits das Ende der Bemühungen sein. Denn keine der bisher umgesetzten Maßnahmen hat das Potenzial zu einem Radikalschlag gegen die Arbeitslosigkeit. In mancher Hinsicht sind die Hoffnungen weit überzogen, so etwa bei der Reform der Minijobs. Sie wird im wesentlichen Zweitverdiener und Personen aus der „Stillen Reserve“ wie Hausfrauen, Rentner, Schüler und Studenten anlocken. Wegen der Mitnahmeeffekte entstehen hohe Kosten. Zwar wird die Flexibilität der Wirtschaft erhöht, doch kommt es wohl kaum zu einem Abbau von Arbeitslosigkeit. Deutschland hat also die Generalreform seines Arbeitsmarkts noch vor sich. Die Chance, dass sich der Reformzug in Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bewegung setzt, ist allerdings nach wie vor da – sie muss jetzt endlich genutzt werden.

*K. F. Zimmermann*



IZA

Forschungsinstitut  
zur Zukunft  
der Arbeit

### IMPRESSUM

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
Redaktion: Holger Hinte  
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn  
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 180  
e-mail: compact@iza.org  
Internet: www.iza.org  
Grafiken/Fotos: IZA  
Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski, Köln